

Hier finden Sie einen Überblick über interessante Beiträge aus anderen Medien und Veröffentlichungen. Wenn Sie auf "weiterlesen" klicken, öffnet sich das Angebot und Sie können sich aussuchen, was Sie lesen wollen. (TR)

Hier die Übersicht; Sie können mit einem Klick aufrufen, was Sie interessiert:

1. [Bayer: Minenfeld Monsanto](#)
2. [Zwangsarbeit bei Bahlens: Scharfe Kritik an Erbin](#)
3. [Bezirksamt berechnet Tafel-Lebensmittel als Einkommen](#)
4. [Jean Ziegler: »Der Kapitalismus kann nicht reformiert werden«](#)
5. ["Iranische Bedrohung eindämmen" - USA planen Verlegung von 120.000 Soldaten in den Nahen Osten](#)
6. [Angebliche «Sabotageakte» schüren die Sorge vor einem Krieg](#)
7. [Stoppt den Massenmord!](#)
8. [US-Polizei dringt in venezolanische Botschaft in Washington vor](#)
9. [Nato-Austritt Amerikas würde Europa mehr als 350 Milliarden Dollar kosten](#)
10. [Bayern bei Rüstungsexporten vorne](#)
11. [Bundeswehr übt den Ernstfall - auch Wohngebiete betroffen](#)
12. [Urteil des Europäischen Gerichtshofs: Arbeitgeber müssen Arbeitszeiten systematisch erfassen](#)
13. [Staatsanwälte gegen Millionärsfabrik](#)
14. [Das letzte Hemd für die Miete](#)
15. [Das Letzte: Killer-Rakete R9X tötet Terroristen mit Riesen-Messern](#)

Vorbemerkung: Wir kommentieren, wenn wir das für nötig halten. Selbstverständlich bedeutet die Aufnahme in unsere Übersicht nicht in jedem Fall, dass wir mit allen Aussagen der jeweiligen Texte einverstanden sind. Wenn Sie diese Übersicht für hilfreich halten, dann weisen Sie doch bitte Ihre Bekannten auf diese Möglichkeit der schnellen Information hin.

1. **Bayer: Minenfeld Monsanto**

Der nächste Sprengsatz explodiert: Schon wieder fällt ein spektakuläres Urteil in den USA gegen Monsanto. Die Übernahme beschädigt Bayer mehr und mehr. Monsanto ist für Bayer ein Minenfeld. (...) Bayer-Chef Werner Baumann und seine Mannschaft sind hohe Risiken eingegangen, die sie glaubten beherrschen zu können. Die Anleger haben sie dafür schon abgestraft, wie der Kurseinbruch der vergangenen Monate zeigt. (...) Zu den Klagen wegen des Unkrautvernichters Glyphosat, mehr als 13.400 wurden mittlerweile in den USA eingereicht, drohen nun die Klagen wegen Verletzung des Datenschutzes. Monsanto hat im Jahr 2016 in Frankreich geheime Listen mit Informationen über Politiker, Wissenschaftler, Verbraucherschützer, Journalisten und

vielen andere Personen geführt, die sich an der Debatte um den umstrittenen Unkrautvernichter Glyphosat und um Gentechnik beteiligten. (...) Bayer wusste wohl nicht so recht, wie giftig die US-Pille ist, die der Konzern schluckte

Quelle: [Süddeutsche Zeitung](#)

Anmerkung Tobias Riegel: Die mediale „Überraschung“ über das drohende Straucheln von Bayer scheint teils geheuchelt: Schon 2016 waren Gefahren der Monsanto-Übernahme vorauszusehen, [wie etwa hier](#) beschrieben wurde. In vielen aktuellen Artikeln fehlen auch die zum Verständnis des Vorgangs wichtigen Informationen zur US-dominierten Eigentümerstruktur, die Jens Berger [in diesem Artikel](#) beschreibt:

„Die Bayer AG war und ist zumindest gemessen an den Besitzverhältnissen gar kein deutsches Unternehmen. Vor der Fusion mit Monsanto waren die größten Bayer-Aktionäre die US-Vermögensverwaltungen BlackRock, Vanguard und die Capital Group. Genau diese drei Unternehmen waren übrigens auch – wenn auch in anderer Reihenfolge – die größten Aktionäre von Monsanto. Heute stammen nur noch 20% des Aktienkapitals aus Deutschland, die Bayer AG gehört also zu vier Fünftel internationalen Investoren wie BlackRock, Vanguard, Fidelity, Dodge & Cox oder den Staatsfonds von Singapur und Norwegen. Diese Akteure waren es auch, die für die Fusion mit Monsanto direkt verantwortlich zeichneten.“

2. Zwangsarbeit bei Bahlsen: Scharfe Kritik an Erbin

Die Erbin des Gebäck-Unternehmens Bahlsen, Verena Bahlsen, hat mit Äußerungen zur Situation von Zwangsarbeitern, die während des Zweiten Weltkrieges für Bahlsen arbeiten mussten, eine heftige Kontroverse ausgelöst. Die 26-Jährige hatte behauptet, dass Zwangsarbeiter in dem hannoverschen Unternehmen gut behandelt und genauso wie die deutschen Mitarbeiter bezahlt worden seien. Bahlsen galt im Zweiten Weltkrieg als „kriegswichtiger Betrieb“ und produzierte im Bahlsen-Werk im hannoverschen Stadtteil List unter anderem Notverpflegungen für deutsche Soldaten. Die Zwangsarbeiter, vorwiegend Frauen aus dem besetzten Polen und der Ukraine, waren in einem Barackenlager untergebracht.

Quelle: [NDR](#)

Dazu: Das Narrativ der “Normalität” von Zwangsarbeit

“Wir waren in der Debatte schon mal weiter”, meint Andreas Eberhardt, Vorsitzender der Stiftung “Erinnerung, Verantwortung und Zukunft”. Zwangsarbeit sei so alltäglich gewesen, dass sie bis heute nicht als nationalsozialistisches Verbrechen bewusst geworden sei. Sie sei eher als Normalität des Krieges behandelt worden, sagt er. „Das missachtet, dass dort Menschen gezwungen wurden zu arbeiten und massiv in ihre Biografie eingegriffen wurde – mit weitgehenden Folgen für diese Menschen. Das Problem in dieser Äußerung sehe ich darin, dass weiterhin nationalsozialistische Zwangsarbeit kaum als ein Verbrechen bei uns verankert zu sein scheint.“

Quelle: [Deutschlandfunk](#)

3. **Bezirksamt berechnet Tafel-Lebensmittel als Einkommen**

In Berlin-Lichtenberg hat ein Student Wohngeld beantragt und angegeben, Lebensmittel von der Tafel zu beziehen. Das Bezirksamt rechnete ihm darauf knapp 3.000 Euro jährlich als Einnahmen an. Die Berliner Tafel reagiert empört. [...] Eigentlich hätte er Anspruch auf Wohngeld von 190 Euro gehabt, das Bezirksamt bewilligte letztlich 90 Euro. Im entsprechenden Bescheid werden 2.892 Euro pro Jahr als “Sachbezug Tafel” und damit als Einkommen des Antragstellers zugrunde gelegt. Der Mann lege Widerspruch ein, der wiederum im Frühjahr 2019 abgelehnt wurde. [...]

Das Amt setzte den Wert der zur Verfügung gestellten Verpflegung auf monatlich 241 Euro fest und berechnete für Frühstück 51 Euro sowie Mittag- und Abendessen jeweils 95 Euro. “Diese Summen sind willkürlich festgelegt und entbehren jeder Grundlage”, meinte dazu Sabine Werth und betonte: “Die 45 Berliner ‘Laib und Seele’-Stellen geben einmal pro Woche Lebensmittel an bedürftige Menschen in ihrer Nachbarschaft ab. Die Menge der abgegebenen Lebensmittel ist immer nur eine Unterstützung für wenige Tage, niemals eine vollständige Versorgung.”

Quelle: [RBB](#)

Anmerkung Lutz Hausstein: Es gibt bei diesem Vorfall so viele Punkte, die zu kritisieren wären, dass dies den Rahmen eines Kommentars absolut sprengen würde. Sei es nun die generelle Anrechnung oder auch die Nichtberücksichtigung, dass Tafel“besucher“ einen Obulus pro Einkauf (mWn in Berlin 1 Euro pro Einkauf) zahlen müssen und und und. Da kann sich auch jeder ein eigenes Bild machen.

Auf einen Aspekt möchte ich aber aufmerksam machen, da er sonst unter den Tisch zu fallen droht. Dem jungen Mann werden also 241 Euro mtl. als geldwerter Vorteil für Nahrungsmittel angerechnet. Das ist interessant. Ganz besonders, wo doch der aktuelle Hartz-IV-Regelsatz nur Ausgaben von 148 Euro mtl. als “bedarfsdeckend”

vorsieht. Da könnte man doch glattweg auf den Gedanken kommen, dass die Beträge für Nahrungsmittel im Regelsatz viel zu niedrig angesetzt sind.

4. **Jean Ziegler: »Der Kapitalismus kann nicht reformiert werden«**

„Der Kapitalismus ist ein Paradox. Einerseits unglaublich kreativ, die Produktivkräfte entwickeln sich rasant. Aber gleichzeitig hat er eine kannibalische Weltordnung geschaffen. Ich gebe Ihnen ein Beispiel: Zwei Milliarden Menschen, von insgesamt 7,6 Milliarden, haben keinen Zugang zu sauberem Trinkwasser. Alle fünf Sekunden verhungert ein Kind auf diesem Planeten. Aber die Weltlandwirtschaft, so wie sie heute ist, könnte problemlos zwölf Milliarden Menschen ernähren – fast das Doppelte! Das heißt, es gibt keine Fatalität. Ein Kind, das jetzt an Hunger stirbt, wird ermordet. Und die Mörder sind identifizierbar. Diese kannibalische Weltordnung muss gebrochen werden – und sie kann gebrochen werden, etwa durch den Aufstand aller zivilgesellschaftlichen Organisationen.“

Quelle: [Junge Welt](#)

5. **„Iranische Bedrohung eindämmen“ - USA planen Verlegung von 120.000 Soldaten in den Nahen Osten**

US-Präsident Donald Trump wurde ein Plan vorgelegt, um die sogenannte „iranische Bedrohung“ für US-amerikanische Truppen zu bekämpfen. Der kommissarische Verteidigungsminister Patrick Shanahan erläuterte den Plan, der eine Verlegung von bis zu 120.000 Soldaten in die Region vorsieht. Die Veränderungen der bestehenden militärischen Pläne wurden demnach von „Hardlinern, angeführt von John Bolton“, dem Nationalen Sicherheitsberater von Donald Trump, angeordnet, wie die New York Times unter Berufung auf anonyme Quellen schreibt. Die Pläne sind sowohl als Defensivmaßnahmen auf etwaige Angriffe auf US-Truppen gedacht, vor denen der israelische Geheimdienst Mossad gewarnt hatte, aber enthalten offensichtlich auch eine offensive Komponente. Diese soll im Falle einer aufgenommenen Entwicklung von Nuklearwaffen durch den Iran aktiviert werden.

Quelle: [RT](#)

6. **Angebliche «Sabotageakte» schüren die Sorge vor einem Krieg**

Angebliche Sabotageakte gegen vier Handelsschiffe und Öltanker im Persischen Golf haben die Spannungen in der Region weiter erhöht und die Sorgen vor einer militärischen Eskalation der Konflikte zwischen dem schiitischen Iran und den USA sowie Saudi-Arabien und anderen sunnitischen Golfstaaten verstärkt. (...) Die Vereinigten Arabischen Emirate (VAE) und Saudi-Arabien hatten am Sonntag «Sabotageakte» gegen vier Handelsschiffe vor der Golfküste der Emirate gemeldet. «Vier kommerzielle, zivile Handelsschiffe unterschiedlicher Nationalitäten» seien am Sonntagmorgen «Sabotageakten» vor der Küste des zu den VAE gehörenden Emirats

Fudschaira im Nordosten des Landes ausgesetzt gewesen, teilte das Außenministerium in Abu Dhabi mit. Es habe sich um «staatsfeindliche Operationen» in der Nähe des Hoheitsgebietes des Landes gehandelt. Details zu den Zwischenfällen wurden zunächst nicht genannt. (...) Die USA hatten vorletzte Woche den Flugzeugträger «USS Lincoln» und eine Bomberstaffel Richtung Iran verlegt. Als Begründung hatten Mike Pompeo und der nationale Sicherheitsberater John Bolton auf die «Gefahr» verwiesen, der Iran könnte US-Truppen im Irak oder US-Schiffe im Persischen Golf angreifen.

Quelle: [Infosperber](#)

Anmerkung unseres Lesers U.D.: Die Situation an Golf erinnert stark an die mediale Vorarbeit zum Irakkrieg der USA. Saudi Arabien und Israel versuchen seit Jahre die USA zu militärischen Schlägen gegen den Iran zu bewegen. Es scheint, sie stehen kurz vor dem Ziel.

7. **Stoppt den Massenmord!**

Außenminister Maas warnt die USA vor einem Irankrieg. Man kann sich richtig vorstellen, wie der skrupellose ehemalige CIA-Direktor und heutige Außenminister Mike Pompeo („Wir haben gelogen, gestohlen und betrogen“) beeindruckt war. Dabei zeigte sich doch der deutsche Außenminister im Falle Venezuelas gerade noch als unterwürfiger Vasall der USA: Er reiste nach Brasilien zu Präsident Jair Bolsonaro, traf den kolumbianischen Präsidenten Iván Duque und den „Außenminister“ des selbsternannten venezolanischen „Präsidenten“ Juan Guaido. Mittlerweile hat eine Studie ergeben, dass die von den USA über Venezuela verhängten Sanktionen zum Tod von 40.000 Menschen führten. Die Sanktionen werden von der EU und auch von Maas unterstützt. Ab wann ist man eigentlich ein Massenmörder? Ab 100 Toten? Ab 1000 Toten? Ab 10.000 Toten? Ab 40.000 Toten?

Dabei hatte, was Sanktionen angeht, die ehemalige US-Außenministerin Madelaine Albright Maßstäbe gesetzt. Auf die Frage ob es notwendig war, durch Boykott von Medikamenten und Nahrungsmitteln den Tod von 500.000 Kindern im Irak zu verantworten, antwortete sie: „Ich glaube, das ist eine sehr schwere Entscheidung, aber der Preis – wir glauben, es ist den Preis wert.“

Dass die verbrecherische US-Oligarchie in der ganzen Welt Handelskriege, verdeckte Kriege und Bombenkriege führt, wird immer mehr Menschen klar. Zuletzt sagte der ehemalige US-Präsident Jimmy Carter, die USA sind die „kriegerischste Nation in der Geschichte der Welt“. In ihrer 242-jährigen Geschichte hätten sie nur 16 Jahre keinen Krieg geführt.

Die deutsche Politik wäre nur glaubwürdig, wenn sie den USA die Nutzung ihrer Militärbasen auf deutschem Boden und die Überflugrechte, die für das Morden in

vielen Ländern notwendig sind, endlich verweigern und die grundgesetzwidrige Beteiligung der Bundeswehr an US-geführten Kriegen beenden würde.

Quelle: [Oskar Lafontaine](#)

8. **US-Polizei dringt in venezolanische Botschaft in Washington vor**

Beamte wollen Übergabe an Gegenbotschafter erzwingen. Oppositionsvertreter will US-Militärs treffen. Nachdem in Venezuela Parlamentspräsident Juan Guaidó mit einem erneuten Umsturzversuch gescheitert ist, gehen seine Anhänger vor allem in den USA zunehmend aggressiv gegen Vertreter der Regierung und deren Unterstützer vor. Dabei erhalten sie Rückendeckung von der US-Regierung, die international für eine Regime-Change in dem südamerikanischen Land wirbt. Die Eskalation zeigt sich dieser Tage vor der venezolanischen Botschaft in Washington. Das Gebäude wird von dem Vertreter Guaidós, Carlos Vecchio, beansprucht. Die US-Regierung hat den Oppositionellen als Botschafter des selbsternannten Übergangspräsidenten anerkannt. Das Problem: Präsident Maduro ist weiterhin im Amt und weigert sich, die Botschaft aufzugeben. Hilfe bekamen die von Maduro entsandten Diplomaten von US-Aktivisten, die die Räume der venezolanischen Botschaft in Washington besetzten, um eine Übernahme durch die Gegendiplomaten zu verhindern. Nach Medienberichten verschaffte sich die Washingtoner Metropolitan Police am gestrigen Montag gewaltsam Zugang zu der venezolanischen Botschaft, indem sie mehrere Schlösser aufbrach.

Quelle: [Telepolis](#)

9. **Nato-Austritt Amerikas würde Europa mehr als 350 Milliarden Dollar kosten**

Sollten die Amerikaner sich aus dem Militärbündnis zurückziehen, würde den Europäern vor allem massenhafte Ausrüstung fehlen. Fregatten, Zerstörer und Flugabwehrsysteme müssten angeschafft werden. Eine Studie des Londoner International Institute for Strategic Studies (IISS) kam zu dem Ergebnis, dass Europa mit Kosten von mehr als 350 Milliarden Dollar rechnen muss, sollten die Vereinigten Staaten aus der Nato austreten. Dies hatte eine noch unveröffentlichte Studie, die dem Nachrichtenmagazin „Der Spiegel“ vorliegt berechnet. In der Studie untersuchen Militärfachleute anhand von zwei unterschiedlichen Szenarien die Kosten, welche auf Europa zukämen, sollte eines der beiden eintreten. Beispielsweise müssten für ein Krisenszenario, in dem die Nato knapp unterhalb eines bewaffneten Konfliktes die Sicherung der internationalen Seewege schützen müsste, Kriegsschiffe und Flugzeuge im Wert von etwa 94 bis 110 Milliarden Dollar angeschafft werden, um die Amerikaner ersetzen zu können. Dafür sei außerdem die Anschaffung von 16 hochmodernen Fregatten im geschätzten Wert zwischen 20 und 31 Milliarden Dollar sowie zehn Luftabwehr-Zerstörer im Wert von 19 bis 21 Milliarden Dollar notwendig.

Im Falle eines begrenzten Landkriegs mit Russland müssten sogar noch höhere Investitionen getätigt werden. (...) Das Auswärtige Amt in Berlin hatte zu der Studie angeregt und diese mitfinanziert.

Quelle: [FAZ](#)

Anmerkung unseres Lesers U.D.: Diese Meldung wurde in der Medienlandschaft 1:1 kommentarlos übernommen. Die angesetzten Annahmen sind willkürlich bis zur reinen Anti-Russland-Propaganda und haben den Zweck, die "sachliche" Basis zu liefern für die Forderungen der Trump-Administration, den Wehretat auf 2% des Haushaltsvolumens zu erhöhen. Die neoliberale Waffenindustrie kann damit weitere Milliardengewinne einfahren – ohne die Welt sicherer zu machen.

10. **Bayern bei Rüstungsexporten vorne**

Bei Rüstungsexporten liegt Bayern im Ländervergleich weit vorne. Das geht aus einer Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage der Linken hervor. Ein großer Teil ging in Konfliktgebiete. (...) Im Jahr 2018 erteilte die Bundesregierung demnach Rüstungsexportgenehmigungen im Wert von 1,9 Milliarden Euro an bayerische Unternehmen. Damit entfallen fast 40 Prozent der bundesweiten Exportsumme von 4,8 Milliarden Euro auf Firmen aus dem Freistaat. Auf dem zweiten Platz liegt Baden-Württemberg mit einem Volumen von 1,3 Milliarden Euro und einem Anteil von rund 26 Prozent. Nordrhein-Westfalen belegt laut Bundesregierung mit deutlichem Abstand Rang drei.

Quelle: [Tagesschau](#)

11. **Bundeswehr übt den Ernstfall - auch Wohngebiete betroffen**

Mit einer großangelegten Gefechtsübung auch im öffentlichen Raum demonstriert die Bundeswehr in Bayern Einsatzbereitschaft in der Landes- und Bündnisverteidigung. An dem Manöver seien von Samstag an bis zu 1.200 Soldaten der Gebirgsjägerbrigade 23 beteiligt, teilte die Bundeswehr mit. Einige Soldaten werden demnach in die Rolle irregulärer Kräfte schlüpfen und den Feind darstellen. (...) Von Samstag an werden die ersten Gefechtsfahrzeuge mit der Bahn in die Nähe von Rosenheim transportiert. Die Übung läuft bis zum 23. Mai. Die Bundeswehr gab Sicherheitshinweise für die Bevölkerung. Es werden demnach rund 250 Gefechtsfahrzeuge und Großgerät auf Straßen der Landkreise Rosenheim, Traunstein und Berchtesgadener Land unterwegs sein.

Quelle: [T-Online](#)

12. **Urteil des Europäischen Gerichtshofs: Arbeitgeber müssen Arbeitszeiten systematisch erfassen**

Die Deutsche Bank hat vor dem Europäischen Gerichtshof verloren: Arbeitgeber in der Europäischen Union müssen die Arbeitszeiten ihrer Arbeitnehmer systematisch

erfassen. Hierzu verpflichtet die Arbeitszeitrichtlinie und die Grundrechtecharta der Europäischen Union. Das entschied am Dienstag der Europäische Gerichtshof (EuGH) in Luxemburg. Nur so lasse sich überprüfen, ob zulässige Arbeitszeiten überschritten würden. Und nur das garantiere die in EU-Richtlinien und in der EU-Grundrechtecharta zugesicherten Arbeitnehmerrechte. Die Deutsche Bank unterlag damit einer Klage aus Spanien. Die in Deutschland übliche Erfassung nur von Überstunden reiche danach nicht aus.

Quelle: [SPON](#)

13. **Staatsanwälte gegen Millionärsfabrik**

Viele Jahre lang hatten Banken, Investmentfonds und Börsenhändler aus dem In- und Ausland beim Handel von Aktien mit (Cum) und ohne (Ex) Dividende den deutschen Fiskus nach Erkenntnissen von Ermittlern um Milliardenbeträge erleichtert. Die Cum-Ex-Akteure ließen sich eine auf die Dividendenerlöse fällige, nur einmal gezahlte Kapitalertragsteuer mehrmals erstatten. Die Strafverfolger halten das für kriminell; die Zahl der Fälle und Beschuldigten geht in die Hunderte. Mittendrin angeblich, auch über die Münchner Niederlassung, die "Fabrik der Millionäre", wie Macquarie in Australien wegen der hohen Gehälter häufig genannt wird. Die Kölner Staatsanwaltschaft und das Landeskriminalamt Nordrhein-Westfalen (LKA NRW) haben viel Material über Macquarie gesammelt, darunter auch einiges über die Bankchefin Wikramanayake und ihren Vorgänger Moore.

Quelle: [Süddeutsche Zeitung](#)

14. **Das letzte Hemd für die Miete**

Berliner Aktivisten fordern Reform des Mietspiegels und klare Anweisung an Wohnungsbaugesellschaften. (...) Während der Verband Berlin-Brandenburgischer Wohnungsunternehmen (BBU) sich selbst lobte, sprach die Berliner Mietergemeinschaft e. V. von einer »Hiobsbotschaft«, als die Senatorin für Stadtentwicklung und Wohnen, Katrin Lompscher (Die Linke), am Montag den neuen Mietspiegel für die deutsche Hauptstadt vorstellte. In einem offenen Brief forderte die Mietergemeinschaft am Montag die Senatorin auf, die städtischen Wohnungsbaugesellschaften per Anweisung zu Mietsenkungen zu bewegen. Außerdem verlangte der Verein eine Reform des Mietspiegels, der in seiner jetzigen Form als reiner »Mieterhöhungsspiegel« kritisiert werde. In die Berechnung der ortsüblichen Vergleichsmiete müssten alle Bestandsmieten einfließen – nicht nur neue Vertragsabschlüsse und veränderte Mieten der letzten vier Jahre. Das Land Berlin müsse eine Bundesratsinitiative starten, um den Paragraphen 558 im Bürgerlichen Gesetzbuch zu ändern, der bisher die Berechnungsgrundlage regelt, so die Mietergemeinschaft.

Quelle: [Junge Welt](#)

15. **Das Letzte: Killer-Rakete R9X tötet Terroristen mit Riesen-Messern**

Die USA besitzen laut The Wall Street Journal eine bisher hochgeheime Rakete, die tötet, ohne zu explodieren: R9X. Damit sollen möglichst exakte Schläge gegen Terroristen möglich sein, ohne dass dabei Zivilisten gefährdet werden. Das Wall Street Journal beruft sich bei seinem Bericht auf ehemalige und aktive US-Staatsbedienstete. Die Quellen betonen, dass sich die USA für die Messer als Waffe entschieden haben, damit bei den Liquidationen keine Unbeteiligten ums Leben kommen. Die gruselige Rakete transportiert also anders als konventionelle Geschosse keine Sprengladung ins Ziel (und auch keine Hohlladung oder Wuchtmunition), sondern „schwingt“ stattdessen mehrere riesige Messer, mit denen sie ihre Ziele schreddert. Sowohl die CIA als auch die US-Armee sollen laut Wall Street Journal dieses „fliegende Messer“ bereits seit dem Jahr 2017 im Kampfeinsatz verwenden.

Quelle: [pcwelt](#)

Anmerkung Tobias Riegel: Bei der Technik des Tötens sind der menschlichen Fantasie offenbar keine Grenzen gesetzt. Grenzwertig ist dagegen der Tonfall dieses Artikels, der die US-Definition von den getöteten „Terroristen“ sogar in die Überschrift hebt.